

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1963

Ausgegeben am 1. Juni 1963

31. Stück

115. Bundesgesetz: Gebührengesetz-Novelle 1963.**116.** Bundesgesetz: Neuerliche Abänderung des Bundesgesetzes, womit Ergänzungszulagen an Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen des Bundes gewährt werden und die Ruhegenußbemessungsgrundlage abgeändert wird.**117.** Bundesgesetz: Erhöhung von Bezügen im öffentlichen Dienst.**118.** Bundesgesetz: Änderung des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962.**119.** Bundesgesetz: Änderung des Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes 1962.**120.** Verordnung: Neuerliche Abänderung der Verordnung, betreffend die Ruhe(Versorgungs-)genüsse der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei.

115. Bundesgesetz vom 22. Mai 1963, mit dem das Gebührengesetz 1957 abgeändert wird (Gebührengesetz-Novelle 1963).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 129/1958, BGBl. Nr. 137/1958, BGBl. Nr. 111/1960 und BGBl. Nr. 106/1962, wird abgeändert wie folgt:

1. § 9 hat zu lauten:

„§ 9. (1) Zur Sicherung der Einhaltung der Gebührenvorschriften kann das Finanzamt nach seinem Ermessen in den Fällen, in denen eine nach diesem Bundesgesetz in Stempelmarken zu entrichtende Gebühr nicht oder nicht vorschriftsmäßig entrichtet wird, von den zur Zahlung der Gebühr oder zur Haftung für sie verpflichteten Personen eine Erhöhung bis zum Dreifachen der fehlenden Gebühr erheben. Bei Festsetzung der Gebührenerhöhung ist insbesondere zu berücksichtigen, inwieweit dem Gebührenschuldner bei Beachtung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes das Erkennen der Gebührenpflicht einer Schrift, Amtshandlung oder eines Rechtsgeschäftes zugemutet werden konnte sowie ob eine Gebührenverkürzung erstmalig oder wiederholt erfolgt ist.

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß, wenn die Anzeige nach diesem Bundesgesetz nicht oder nicht rechtzeitig erstattet wird. Bei Festsetzung der Gebührenerhöhung wegen einer nicht rechtzeitig erstatteten Anzeige ist weiters zu berücksichtigen, ob die Frist zur Anzeige nur geringfügig oder beträchtlich überschritten wurde.“

2. § 16 Abs. 3 wird abgeändert wie folgt:

„(3) Die Gebührenschuld entsteht bei einem Wechsel in dem Zeitpunkt, in welchem im Inland der Wechsel dem Wechselnehmer übergeben

oder mit einem Indossament oder mit einem Akzept versehen wird. Wird im Inland ein unvollständiger Wechsel dem Wechselnehmer übergeben oder mit einem Indossament oder mit einem Akzept versehen, so entsteht die Gebührenschuld in dem Zeitpunkt, in welchem der Wechsel vervollständigt wird.“

3. § 28 Abs. 2 wird abgeändert wie folgt:

„(2) Zur Entrichtung der Gebühr bei Wechseln sind der Aussteller, der Akzeptant und jeder Inhaber eines Wechsels zur ungeteilten Hand verpflichtet.“

4. § 34 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Organe der Gebietskörperschaften sind verpflichtet, die bei ihnen anfallenden Schriften und Amtshandlungen auf die Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes zu überprüfen. Stellen sie hiebei eine Verletzung der Gebührenvorschriften fest, so haben sie hierüber einen Befund aufzunehmen und diesen dem zuständigen Finanzamt zu übersenden. Die näheren Bestimmungen über die Befundaufnahme werden durch Verordnung getroffen.“

Artikel II.

Die in den §§ 6, 14, 23 und 33 enthaltenen festen Gebührensätze mit Ausnahme der im § 14 Tarifpost 17 geregelten festen Gebührensätze werden erhöht:

von	0'20 S auf	0'30 S,
von	0'30 S auf	0'50 S,
von	0'50 S auf	0'80 S,
von	1'50 S auf	2'50 S,
von	3'— S auf	5'— S,
von	6'— S auf	10'— S,
von	9'— S auf	14'— S,
von	15'— S auf	24'— S,
von	20'— S auf	32'— S,
von	30'— S auf	50'— S,
von	60'— S auf	100'— S,

von 80'— S auf 120'— S,
 von 90'— S auf 145'— S,
 von 150'— S auf 240'— S,
 von 180'— S auf 300'— S,
 von 300'— S auf 480'— S,
 von 400'— S auf 640'— S,
 von 900'— S auf 1440'— S,
 von 1500'— S auf 2400'— S,
 von 2000'— S auf 3200'— S.

Artikel III.

(1) Die Bestimmungen des Artikels I Z. 2 und 3 sind erstmals anzuwenden

a) auf Wechsel, die zwei Monate nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes im Inland dem Wechselnehmer übergeben oder mit einem Indossament oder mit einem Akzept versehen werden;

b) auf unvollständige Wechsel, die zwei Monate nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes im Inland vervollständigt werden.

(2) Die Bestimmungen des Artikels II treten mit 1. Juni 1963 in Kraft.

Artikel IV.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach Schärf Korinek

116. Bundesgesetz vom 22. Mai 1963 über die neuerliche Abänderung des Bundesgesetzes, womit Ergänzungszulagen an Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen des Bundes gewährt werden und die Ruhegenußbemessungsgrundlage abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1959, BGBl. Nr. 298, womit Ergänzungszulagen an Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen des Bundes gewährt werden und die Ruhegenußbemessungsgrundlage abgeändert wird, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 57/1962, wird abgeändert wie folgt:

§ 4 hat zu lauten:

„§ 4. Der Mindestsatz beträgt:

a) für Empfänger eines Ruhebezuges 770 S; dieser Mindestsatz erhöht sich für die Ehefrau, für die eine Haushaltszulage nach den Bestimmungen des § 4 Abs. 7 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 1. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 94/1959, gebührt oder gebühren würde, um 340 S und für jedes Kind, für das eine Kinderzulage gewährt wird, um 200 S;

b) für Witwen, die einen Versorgungsbezug beziehen, 770 S; dieser Mindestsatz erhöht

sich für jedes Kind, für das eine Kinderzulage gewährt wird, um 200 S und

c) für Waisen, die einen Versorgungsbezug beziehen, bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres 285 S, falls beide Elternteile verstorben sind, 430 S. Der Mindestsatz erhöht sich nach Vollendung des 24. Lebensjahres auf 510 S, falls beide Elternteile verstorben sind, auf 770 S.“

Artikel II.

Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Mai 1963 in Kraft.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, sofern im Dienstrechtsverfahrensgesetz, BGBl. Nr. 54/1958, nichts anderes bestimmt ist, und soweit die Vollziehung hinsichtlich Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen, die unter die Bestimmung des Landeslehrer-Gehaltsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 188/1949, fallen, nicht den Bundesländern obliegt, das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach	Pittermann	Olah	Broda
Drimmel	Proksch	Korinek	Hartmann
Bock	Probst	Schleiner	Kreisky

117. Bundesgesetz vom 29. Mai 1963 über die Erhöhung von Bezügen im öffentlichen Dienst.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Die den Bundesbediensteten und den Personen, die auf Grund eines Bundesdienstverhältnisses einen ordentlichen Ruhe- oder Versorgungsbezug beziehen, im Juni und September 1963 gebührenden Sonderzahlungen sind, sofern nicht Abs. 2 anzuwenden ist, um folgende Beträge zu erhöhen:

1. Bei aktiven Bediensteten um je 350 S,
2. bei Empfängern eines Ruhegenusses um je 280 S,
3. bei Empfängern einer Witwen- oder Waisenspension um je 140 S.

(2) Steht oder stand der Bedienstete nicht in Vollbeschäftigung, so gebührt ihm und seinen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen der dem Beschäftigungsausmaß des Bediensteten entsprechende Teil des Erhöhungsbetrages.

(3) Der Erhöhungsbetrag der im Juni 1963 auszahlenden Sonderzahlung wird für die Zeit vom 1. Mai bis 15. Juli 1963, der im September 1963 auszahlende Erhöhungsbetrag wird für die Zeit vom 16. Juli bis 30. September 1963 gewährt.

(4) Die erhöhten Sonderzahlungen gemäß Abs. 1 sind für die Belange der Sozialversicherung beitragsrechtlich wie eine Sonderzahlung zu behandeln.

Artikel II.

Bei Vertragsbediensteten mit Sonderentgelt und bei Bediensteten, deren Entlohnung durch Kollektivvertrag oder durch Einzelvertrag nach den Bestimmungen des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches geregelt ist, gebührt die Erhöhung der Sonderzahlung nach Artikel I ganz oder zum Teil nur in den Fällen, in denen das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen dies bestimmt.

Artikel III.

Die Bestimmungen der Artikel I und II gelten sinngemäß für Personen, auf die die Bestimmungen des Landeslehrer-Gehaltsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 188/1949, des Landesvertragslehrergesetzes, BGBl. Nr. 189/1949, oder des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 161/1958 anzuwenden sind.

Artikel IV.

Die im Artikel I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 88/1963 und im Artikel I dieses Bundesgesetzes vorgesehene Erhöhung von Sonderzahlungen bleibt bei der Ermittlung der Bezüge der Personen außer Betracht, auf die die Bundesgesetze BGBl. Nr. 57/1956 und BGBl. Nr. 16/1962 sowie § 4 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, in der Fassung des Artikels I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 171/1956 anzuwenden sind.

Artikel V.

(1) Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, wird geändert wie folgt:

1. Die Tabellen im § 28 Abs. 3 haben zu lauten:

in der Dienst- klasse	in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe				
		E	D	C	B	A
		Schilling				
I	1	1372	1517	1633	—	—
	2	1419	1587	1714	—	—
	3	1466	1657	1795	—	—
	4	1513	1727	1876	—	—
	5	1560	1797	1957	—	—
II	1	1654	1937	2119	2063	—
	2	1701	2007	2200	2174	—
	3	1748	2077	2281	2285	—
	4	1795	2147	2362	2396	—
	5	1842	2217	2443	—	—
	6	1889	2287	2524	—	—
III	1	1936	2357	2605	2618	2776
	2	1983	2427	2686	2729	2916
	3	2030	2497	2767	2840	3056
	4	2077	2567	2848	2951	—
	5	2124	2637	2929	3062	—
	6	2171	2707	—	—	—
	7	2218	2777	—	—	—
	8	2265	—	—	—	—
	9	2312	—	—	—	—

in der Gehalts- stufe	in der Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	2847	3825	4899	6113	8397	12129
2	3010	3988	5086	6323	8863	12829
3	3173	4151	5273	6533	9329	13529
4	3336	4338	5483	6999	10029	14229
5	3499	4525	5693	7465	10729	14929
6	3662	4712	5903	7931	11429	15629
7	3825	4899	6113	8397	12129	—
8	3988	5086	6323	8863	12829	—
9	4151	5273	6533	9329	—	—

2. § 38 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Dem Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden gebührt,

1. solange er im Exekutivdienst verwendet wird,

2. wenn er infolge eines im Exekutivdienst erlittenen Dienstunfalles nicht mehr in diesem Dienst verwendet werden kann,

eine Exekutivdienstzulage von 175 S. Die Exekutivdienstzulage gebührt auch den Beamten des höheren Dienstes an Justizanstalten.“

3. Die Tabelle im § 39 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Dienst- klasse	in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
		P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6	P 7	P 8
		Schilling							
I	1	1621	1569	1516	1466	1419	1372	1325	1248
	2	1691	1639	1586	1513	1466	1419	1372	1283
	3	1761	1709	1656	1560	1513	1466	1419	1318
	4	1831	1779	1726	1607	1560	1513	1466	1353
	5	1901	1849	1796	1654	1607	1560	1513	1388
II	1	2041	1989	1936	1748	1701	1654	1607	1458
	2	2111	2059	2006	1795	1748	1701	1654	1493
	3	2181	2129	2076	1842	1795	1748	1701	1528
	4	2251	2199	2146	1889	1842	1795	1748	1563
	5	2321	2269	2216	1936	1889	1842	1795	1598
	6	2391	2339	2286	1983	1936	1889	1842	1633
III	1	2461	2409	2356	2030	1983	1936	1889	1668
	2	2531	2479	2426	2077	2030	1983	1936	1703
	3	2601	2549	2496	2124	2077	2030	1983	1738
	4	2671	2619	2566	2171	2124	2077	2030	1773
	5	2741	2689	2636	2218	2171	2124	2077	1808
	6	2811	2759	2706	2265	2218	2171	2124	1843
	7	2881	2829	2776	2312	2265	2218	2171	1878
	8	2952	2900	2847	2359	2312	2265	2218	1913
	9	3115	3063	3010	2406	2359	2312	2265	1948

4. § 41 hat zu lauten:

„Gehalt.

§ 41. Der Gehalt des Richteramtsanwärters beträgt vor Ablegung der Richteramtprüfung 2969 S, nach Ablegung dieser Prüfung 3032 S.“

5. Die Tabelle im § 42 Abs. 2 hat zu lauten:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	3382
2	3557
3	3732
4	3907
5	4082
6	4257
7	4432
8	4607
9	4782
10	4957
11	5132
12	5307
13	5482
14	5657
15	5832
16	6007

6. Der erste Satz des § 43 hat zu lauten:

„Dem Richter, der vier Jahre in der höchsten Gehaltsstufe verbracht hat, gebührt eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage von 292 S.“

7. Die Tabelle im § 44 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Stadesgruppe	in der Dienstzulagenstufe				
	1	2	3	4	5
	Schilling				
2	350	671	1050	—	—
3	1108	1400	1866	2333	2682
4	1866	2333	2916	3616	—
5	3849	5307	6823	—	—
6	7931	—	—	—	—
7	9330	—	—	—	—
8	11080	—	—	—	—

8. Die Tabelle im § 48 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Gehaltsstufe	Hochschulassistenten	a. o. Hochschulprofessoren	o. Hochschulprofessoren
	Schilling		
1	2862	5596	7466
2	3007	5830	7932
3	3152	6064	8398
4	3442	6298	8864
5	3733	6532	9330
6	4024	6766	10030
7	4315	7000	10730
8	4636	7466	11430
9	4957	7932	12130
10	5278	8398	12830
11	5599	8864	—
12	5920	—	—
13	6211	—	—
14	6502	—	—
15	6793	—	—
16	6938	—	—
17	7083	—	—
18	7228	—	—

9. § 50 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Dienstalterszulage beträgt für ordentliche Hochschulprofessoren 1400 S, für außerordentliche Hochschulprofessoren 700 S, für Hochschulassistenten 700 S.“

10. Die Tabelle im § 55 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	L 3	L 2 V	L 2 HS	L 2 B	L 1
	Schilling				
1	1599	2131	2245	2362	2799
2	1669	2247	2391	2508	2945
3	1739	2363	2537	2654	3091
4	1809	2479	2683	2800	3383
5	1879	2711	2975	3092	3645
6	2019	2857	3179	3296	3907
7	2112	3003	3383	3500	4169
8	2205	3149	3587	3704	4431
9	2298	3295	3791	3908	4693
10	2391	3441	3995	4112	5014
11	2484	3587	4199	4316	5335
12	2577	3733	4403	4520	5656
13	2694	3966	4665	4782	5977
14	2811	4199	4927	5044	6357
15	2928	4432	5189	5306	6737
16	3045	4665	5451	5568	7117
17	3162	4898	5713	5830	7497

11. § 56 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Dienstalterszulage beträgt für Lehrer der Verwendungsgruppe L 1 671 S, der Verwendungsgruppe L 2 B 612 S, der Verwendungsgruppe L 2 HS 612 S, der Verwendungsgruppe L 2 V 350 S, der Verwendungsgruppe L 3 222 S.“

12. § 57 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Dienstzulage beträgt:

a) für Leiter der Verwendungsgruppe L 1

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
	Schilling		
I	1283	1400	1517
II	1155	1260	1365
III	1026	1120	1214
IV	898	980	1062
V	770	840	910

b) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2 B und L 2 HS

in der Dienst- zulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Ge- haltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
	Schilling		
I	583	641	699
II	478	525	572
III	385	420	455
IV	321	350	379
V	268	292	316

c) für Leiter der Verwendungsgruppe L 2 V

in der Dienstzulagen-gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
	Schilling		
I	455	501	547
II	385	420	455
III	321	350	379
IV	268	292	316
V	192	210	228

d) für Leiter der Verwendungsgruppe L 3

in der Dienst- zulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Ge- haltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
	Schilling		
I	385	420	455
II	286	315	344
III	268	292	316
IV	192	210	228
V	134	146	158
VI	93	105	117

13. § 58 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Lehrern der Verwendungsgruppe L 2 V, die an Hauptschulen Fremdsprachen unterrichten, gebührt eine Dienstzulage in der Höhe von 140 S.“

14. § 58 Abs. 4 hat zu lauten:

„(4) Die Dienstzulage beträgt
in den Gehaltsstufen 1 bis 5 140 S,
in den Gehaltsstufen 6 bis 11 210 S,
ab der Gehaltsstufe 12 315 S.“

15. § 59 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Lehrern der Verwendungsgruppe L 1, die Abteilungsvorstände an Kunstakademien (Kunstakademiegesetz, BGBl. Nr. 168/1949, in der jeweils geltenden Fassung) sind, gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage in der Höhe von 467 S.“

16. Die Abs. 6 und 7 des § 59 haben zu lauten:

„(6) Klassenlehrern an einklassigen Volksschulen gebührt, wenn sie ein Jahr ununterbrochen in einer solchen Verwendung gestanden sind, für die Dauer jeder weiteren solchen Verwendung eine Dienstzulage. Die Dienstzulage beträgt für Klassenlehrer

an ungeteilten einklassigen Volksschulen . 210 S,
an geteilten einklassigen Volksschulen 292 S.

(7) Lehrern an zweisprachigen Schulklassen mit der Befähigung zur Unterrichtserteilung in beiden Sprachen gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage von 140 S.“

17. Die Abs. 1 bis 3 des § 60 haben zu lauten:

„(1) Lehrern der Verwendungsgruppe L 2 V, die, ohne die Voraussetzungen für eine Anstellung in der Verwendungsgruppe L 2 HS zu erfüllen, auf einem für Lehrer dieser Verwendungsgruppe vorgesehenen Dienstposten an einer Hauptschule, einer Sonderschule oder einer Übungsschule verwendet werden, gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage in der Höhe

von 140 S, höchstens jedoch in der Höhe des Unterschiedes zwischen ihrem Gehalt und dem Gehalt eines Lehrers der Verwendungsgruppe L 2 HS in der gleichen Gehaltsstufe.

(2) Lehrerinnen (Kindergärtnerinnen) der Verwendungsgruppe L 3, die — ohne die im § 58 Abs. 3 lit. c, d oder e angeführten Befähigungen aufzuweisen — auf einem der in diesen Bestimmungen angeführten Dienstposten verwendet werden, sowie Religionslehrern der Verwendungsgruppe L 3, die an Hauptschulen oder Sonderschulen verwendet werden, gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage von 93 S; § 58 Abs. 5 gilt sinngemäß.

(3) Lehrern, die an Bundeserziehungsanstalten, Bundeskonvikten, Blindeninstituten, Taubstummeninstituten oder an gleichartigen Anstalten als Erzieher verwendet werden, gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage, die durch die Verwendungsgruppe und durch die Dienstzulagenstufe bestimmt wird. Sie beträgt

in der (den) Verwendungsgruppe(n)	in der Dienstzulagenstufe		
	1	2	3
	Schilling		
L 1	556	706	856
L 2	449	556	663
L 3	299	374	449

18. Die Tabelle im § 65 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	S 4	S 3	S 2	S 1
	Schilling			
1	3963	4491	4783	6181
2	4110	4724	5016	6531
3	4257	4957	5249	6881
4	4404	5190	5482	7231
5	4551	5423	5715	7581
6	4842	5977	6269	8164
7	5133	6531	6823	8747
8	5424	7085	7377	9330
9	5715	7639	7931	9913

19. § 66 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Dienstalterszulage beträgt
in der Verwendungsgruppe S 1 875 S,
in der Verwendungsgruppe S 2 641 S,
in der Verwendungsgruppe S 3 525 S,
in der Verwendungsgruppe S 4 350 S.“

20. Die Tabellen im § 73 Abs. 1 haben zu lauten:

in der Verwendungsgruppe W 3	
Dienstzeit Jahre	Dienstzulage
	Schilling
—	35
10	70
16	105
22	140
30	175

in der Verwendungsgruppe W 2				
in der Dienstzulagenstufe	Dienstzeit Jahre	in der Dienststufe		
		1	2	3
		Schilling		
1	—	210	315	525
2	4	315	420	630

in der Verwendungsgruppe W 1		
in der Dienstklasse	Dienstzeit Jahre	Dienstzulage
		Schilling
II III	—	187
	2	210
	8	233
IV	—	257

21. Die Tabelle im § 74 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Verwendungsgruppe	Schilling
W 3	117
W 2	146
W 1	175

22. Die Tabelle im § 76 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Dienstklasse	Dienstzeit Jahre	Dienstzulage
		Schilling
II III	—	187
	4	210
	10	233
IV	—	257

23. § 77 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Dem Berufsoffizier gebührt,

1. solange er im Truppendienst verwendet wird,
 2. wenn er infolge eines im Truppendienst erlittenen Dienstunfalles nicht mehr in diesem Dienst verwendet werden kann,
- eine Truppendienstzulage von 175 S.‘

24. Die Tabelle im § 78 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	1401
2	1424
3	1447
4	1470
5	1493

25. Die Tabelle im § 79 hat zu lauten:

in der Verwendungsgruppe					
H 4			H 3		
in der Dienststufe					
2	3	4	5	6	7
Schilling					
35	70	105	175	245	315

26. § 79 a hat zu lauten:

„Truppenverwendungszulage.

§ 79 a. Dem zeitverpflichteten Soldaten gebührt,

1. solange er im Truppendienst verwendet wird,
 2. wenn er infolge eines im Truppendienst erlittenen Dienstunfalles nicht mehr in diesem Dienst verwendet werden kann,
- eine Truppenverwendungszulage. Sie beträgt in der Verwendungsgruppe H 4 87 S., in der Verwendungsgruppe H 3 105 S.“

27. § 85 b Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Dienstzulage gemäß § 58 Abs. 4 erhöht sich für Fremdsprachlehrer der Verwendungsgruppe L 3 mit der Lehrbefähigung für den Fremdsprachunterricht an Volks- und Hauptschulen um 87 S.“

28. § 86 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Ein Beamter, der dem in Abs. 1 umschriebenen Personenkreis angehört, kann durch Vorrückung die nachstehenden weiteren Gehaltsstufen erreichen:

a) Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Wachbeamte und Berufsoffiziere.

Die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III	in der Dienstklasse	die Gehaltsstufe		
			10	9	7
Schilling		Schilling			
10	2359	IV	4314	—	—
11	2406	V	5460	—	—
		VI	6743	—	—
		VII	9795	—	—
3 und 4	in der Verwendungsgruppe D, Dienstklasse IV	VIII	—	13.529	—
		IX	—	—	16.329

b) Beamte in handwerklicher Verwendung.

Die Gehaltsstufe	in der Dienstklasse III							
	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6	P 7	P 8
Schilling								
10	3278	3226	3173	2450	2403	2356	2309	1993
11	3441	3389	3336	2497	2450	2403	2356	2018

c) Richter und staatsanwaltschaftliche Beamte.

Die Gehaltsstufe	in der Standesgruppe 1	Die Gehaltsstufe	in den Standesgruppen	
	Schilling		2	3 bis 8
		in der letzten Dienstzulagenstufe		
		Schilling		
17	6182	17	6473	6706
18	6357			

d) Hochschullehrer.

Die Gehaltsstufe	Hochschulassistenten	Die Gehaltsstufe	a. o. Hochschulprofessoren	Die Gehaltsstufe	o. Hochschulprofessoren
	Schilling		Schilling		Schilling
19	7698	12	9330	11	13.530

e) Lehrer.

Die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe				
	L 3	L 2 V	L 2 HS	L 2 B	L 1
Schilling					
18	3324	5085	5925	6041	7960
19	3487	5272	6135	6251	8427

f) Beamte des Schulaufsichtsdienstes.

Die Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
	S 4	S 3	S 2	S 1
	Schilling			
10	5925	8106	8397	10.613

Diese weiteren Gehaltsstufen sind bei der Beurteilung des Anspruches auf eine Dienstalterszulage außer Betracht zu lassen.“

(2) Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gebühren den Bundesbeamten, auf die das Gehaltsgesetz 1956 anzuwenden ist, Ergänzungszuschläge in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt nach dem Gehaltsgesetz 1956 in der Fassung des Abs. 1 und den folgenden Beträgen:

1. Beamte der Allgemeinen Verwaltung

in der Dienstklasse	in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe			
		E	D	C	B
		Schilling			
I	1	1432	1575	1671	—
	2	1476	1640	1747	—
	3	1520	1705	1823	—
	4	1564	1770	1899	—
	5	1608	1835	1975	—
II	1	1696	1965	2127	2076
	2	1740	2030	2203	2180
	3	1784	2095	—	—
	4	1828	2160	—	—
	5	1872	2225	—	—
	6	1916	2290	—	—
III	1	1960	—	—	—
	2	2004	—	—	—
	3	2048	—	—	—
	4	2092	—	—	—
	5	2136	—	—	—
	6	2180	—	—	—
	7	2224	—	—	—
	8	2268	—	—	—

2. Beamte in handwerklicher Verwendung

in der Dienstklasse	in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe							
		P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6	P 7	P 8
		Schilling							
I	1	1673	1624	1575	1519	1475	1431	1387	1313
	2	1738	1689	1640	1563	1519	1475	1431	1346
	3	1803	1754	1705	1607	1563	1519	1475	1379
	4	1868	1819	1770	1651	1607	1563	1519	1412
	5	1933	1884	1835	1695	1651	1607	1563	1445
II	1	2063	2014	1965	1783	1739	1695	1651	1511
	2	2128	2079	2030	1827	1783	1739	1695	1544
	3	2193	2144	2095	1871	1827	1783	1739	1577
	4	2258	2209	2160	1915	1871	1827	1783	1610
	5	2323	2274	2225	1959	1915	1871	1827	1643
	6	—	—	2290	2003	1959	1915	1871	1676
III	1	—	—	—	2047	2003	1959	1915	1709
	2	—	—	—	2091	2047	2003	1959	1742
	3	—	—	—	2135	2091	2047	2003	1775
	4	—	—	—	2179	2135	2091	2047	1808
	5	—	—	—	2223	2179	2135	2091	1841
	6	—	—	—	2267	2223	2179	2135	1874
	7	—	—	—	—	2267	2223	2179	1907
	8	—	—	—	—	—	2267	2223	1940
	9	—	—	—	—	—	—	2267	1973

3. Lehrer

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe		
	L 3	L 2 V	L 2 HS
	Schilling		
1	1647	2141	2249
2	1712	2250	—
3	1777	—	—
4	1842	—	—
5	1907	—	—
6	2037	—	—
7	2124	—	—
8	2211	—	—

4. Zeitverpflichtete Soldaten

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	1458
2	1480
3	1502
4	1524
5	1546

Die Ergänzungszuschläge teilen das rechtliche Schicksal des Gehaltes, zu dem sie gewährt werden.

Artikel VI.

(1) Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, wird geändert wie folgt:

1. Die Tabelle im § 11 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Schilling				
1	2873.—	2135.—	1684.—	1568.—	1422.—
2	3018.—	2250.—	1768.—	1640.50	1470.50
3	3163.—	2365.—	1852.—	1713.—	1519.—
4	3453.—	2480.—	1936.—	1785.50	1567.50
5	3623.—	2710.—	2020.—	1858.—	1616.—
6	3793.—	2825.—	2188.—	2003.—	1713.—
7	3963.—	2940.—	2272.—	2075.50	1761.50
8	4133.—	3055.—	2356.—	2148.—	1810.—
9	4303.—	3170.—	2440.—	2220.50	1858.50
10	4495.—	3285.—	2524.—	2293.—	1907.—
11	4687.—	3454.—	2608.—	2365.50	1955.50
12	4879.—	3623.—	2692.—	2438.—	2004.—
13	5071.—	3792.—	2776.—	2510.50	2052.50
14	5263.—	3961.—	2860.—	2583.—	2101.—
15	5455.—	4130.—	2944.—	2655.50	2149.50
16	5672.—	4299.—	3028.—	2728.—	2198.—
17	5889.—	4492.—	3112.—	2800.50	2246.50
18	6106.—	4685.—	3282.—	2873.—	2295.—
19	6323.—	4878.—	3452.—	2945.50	2343.50
20	6540.—	5071.—	3622.—	3018.—	2392.—
21	—	—	—	3090.50	2440.50

2. Die Tabelle im § 14 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	p 7	p 8
	Schilling							
1	1709	1654	1599	1552	1503	1454	1405	1316
2	1783	1728	1673	1601	1552	1503	1454	1353
3	1857	1802	1747	1650	1601	1552	1503	1390
4	1931	1876	1821	1699	1650	1601	1552	1427
5	2005	1950	1895	1748	1699	1650	1601	1464
6	2153	2098	2043	1846	1797	1748	1699	1538
7	2227	2172	2117	1895	1846	1797	1748	1575
8	2301	2246	2191	1944	1895	1846	1797	1612
9	2375	2320	2265	1993	1944	1895	1846	1649
10	2449	2394	2339	2042	1993	1944	1895	1686
11	2523	2468	2413	2091	2042	1993	1944	1723
12	2597	2542	2487	2140	2091	2042	1993	1760
13	2671	2616	2561	2189	2140	2091	2042	1797
14	2745	2690	2635	2238	2189	2140	2091	1834
15	2819	2764	2709	2287	2238	2189	2140	1871
16	2893	2838	2783	2336	2287	2238	2189	1908
17	2967	2912	2857	2385	2336	2287	2238	1945
18	3041	2986	2931	2434	2385	2336	2287	1982
19	3115	3060	3005	2483	2434	2385	2336	2019
20	3189	3134	3079	2532	2483	2434	2385	2056
21	3263	3208	3153	2581	2532	2483	2434	2093

3. Die Tabelle im § 41 Abs. 1 hat zu lauten:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	11	12 b	12 hs	12 v	13
	Schilling				
1	2896.—	2445.—	2324.—	2203.—	1656.—
2	3047.—	2596.—	2475.—	2324.—	1728.—
3	3198.—	2747.—	2626.—	2445.—	1800.—
4	3500.—	2898.—	2777.—	2566.—	1872.—
5	3772.—	3200.—	3079.—	2808.—	1944.—
6	4044.—	3411.—	3290.—	2959.—	2088.—
7	4316.—	3622.—	3501.—	3110.—	2184.50
8	4588.—	3833.—	3712.—	3261.—	2281.—
9	4860.—	4044.—	3923.—	3412.—	2377.50
10	5192.—	4255.—	4134.—	3563.—	2474.—
11	5524.—	4466.—	4345.—	3714.—	2570.50
12	5856.—	4677.—	4556.—	3865.—	2667.—
13	6188.—	4949.—	4828.—	4106.—	2788.—
14	6580.—	5221.—	5100.—	4347.—	2909.—
15	6972.—	5493.—	5372.—	4588.—	3030.—
16	7364.—	5765.—	5644.—	4829.—	3151.—
17	7756.—	6037.—	5916.—	5070.—	3272.—
18	8148.—	6309.—	6188.—	5311.—	3393.—
19	8540.—	6581.—	6460.—	5552.—	3514.—

4. § 41 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Den in die Entlohnungsgruppe I 2 v einzureihenden Vertragslehrern an Berufsschulen gebührt eine Dienstzulage von 145 S.“

5. Die Tabelle im § 44 Abs. 2 hat zu lauten:

in der Entlohnungsgruppe		in der Entgeltstufe	
bei einer für Vollbeschäftigung (§ 38) vorgeschriebenen Höchstwochenstundenanzahl von		1	2
		für jede Jahreswochenstunde Schilling	
I 1	19	2016	2208
	20	1920	2100
	21	1836	2004
	25	1536	1680
I 2 b		1344	1476
I 2 hs		1284	1428
I 2 v		1188	1296
I 3		900	1008

6. § 44 a Abs. 1 letzter Satz hat zu lauten:

„Die Dienstzulage für jede Jahreswochenstunde beträgt

in der Entgeltstufe 1 67·20 S
in der Entgeltstufe 2 100·80 S.“

7. Die Absätze 2 bis 6 des § 44 a haben zu lauten:

„(2) Den Vertragslehrern der Entlohnungsgruppe 1 2 v, die an Hauptschulen Fremdsprachen unterrichten, gebührt für jede Jahreswochenstunde eine Dienstzulage von 67·20 S jährlich.

(3) Den Vertragslehrern der Entlohnungsgruppe 1 2 v, die, ohne die Voraussetzungen für eine Einreihung in die Entlohnungsgruppe 1 2 hs zu erfüllen, an Hauptschulen oder Sonderschulen unterrichten, gebührt für jede Jahreswochenstunde eine Dienstzulage von 56 S jährlich.

(4) Vertragslehrerinnen (Kindergärtnerinnen) der Entlohnungsgruppe 1 3, die, ohne die in Abs. 1 lit. c, d oder e angeführten Befähigungen aufzuweisen, auf einem der in diesen Bestimmungen angeführten Dienstposten verwendet werden, sowie Religionslehrern der Entlohnungsgruppe 1 3, die an Hauptschulen oder Sonderschulen verwendet werden, gebührt für jede Jahreswochenstunde eine Dienstzulage von 44·50 S jährlich.

(5) Den in die Entlohnungsgruppe 1 2 v einzureihenden Vertragslehrern an Berufsschulen gebührt für jede Jahreswochenstunde eine Dienstzulage von 67·20 S jährlich.

(6) Den Vertragslehrern, die an Bundeserziehungsanstalten, Bundeskonvikten, Blindeninstituten, Taubstummeninstituten oder an gleichartigen Anstalten als Erzieher verwendet werden, gebührt für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage. Die Dienstzulage beträgt jährlich

in der Entlohnungsgruppe 1 1 6912 S,

in den Entlohnungsgruppen 1 2 5580 S und

in der Entlohnungsgruppe 1 3 3732 S.“

(2) Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gebühren Vertragsbediensteten, auf die das Vertragsbedienstetengesetz 1948 anzuwenden ist, Ergänzungszuschläge in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Monatsentgelt nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 in der Fassung des Abs. 1 und den folgenden Beträgen:

1. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe			
	b	c	d	e
	Schilling			
1	2144·50	1723—	1619—	1477—
2	2252—	1801·50	1686·50	1522·50
3	—	1880—	1754—	1568—
4	—	1958·50	1821·50	1613·50
5	—	2037—	1889—	1659—
6	—	2194—	2024—	1750—
7	—	2272·50	2091·50	1795·50
8	—	—	2159—	1841—
9	—	—	2226·50	1886·50
10	—	—	2294—	1932—
11	—	—	—	1977·50
12	—	—	—	2023—
13	—	—	—	2068·50
14	—	—	—	2114—
15	—	—	—	2159·50
16	—	—	—	2205—
17	—	—	—	2250·50
18	—	—	—	2296—

2. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	p 7	p 8
	Schilling							
1	1751	1699	1649	1599	1553	1507	1461	1386
2	1820	1768	1718	1645	1599	1553	1507	1420
3	1889	1837	1787	1691	1645	1599	1553	1454
4	1958	1906	1856	1737	1691	1645	1599	1488
5	2027	1975	1925	1783	1737	1691	1645	1522
6	2165	2113	2063	1875	1829	1783	1737	1590
7	2234	2182	2132	1921	1875	1829	1783	1624
8	2303	2251	2201	1967	1921	1875	1829	1658
9	—	—	2270	2013	1967	1921	1875	1692
10	—	—	—	2059	2013	1967	1921	1726
11	—	—	—	2105	2059	2013	1967	1760
12	—	—	—	2151	2105	2059	2013	1794
13	—	—	—	2197	2151	2105	2059	1828
14	—	—	—	2243	2197	2151	2105	1862
15	—	—	—	2289	2243	2197	2151	1896
16	—	—	—	—	2289	2243	2197	1930
17	—	—	—	—	—	2289	2243	1964
18	—	—	—	—	—	—	2289	1998
19	—	—	—	—	—	—	—	2032
20	—	—	—	—	—	—	—	2066
21	—	—	—	—	—	—	—	2100

3. Vertragslehrer des Entlohnungsschemas I L.

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe	
	1 2 v	1 3
	Schilling	
1	2209.—	1697.—
2	—	1764.50
3	—	1832.—
4	—	1899.50
5	—	1967.—
6	—	2102.—
7	—	2192.—
8	—	2282.—

4. Vertragslehrer des Entlohnungsschemas II L.

In der Entgeltstufe 1 der Entlohnungsgruppe 13 für jede Jahreswochenstunde 912 S.

(3) Die Ergänzungszuschläge nach Abs. 2 teilen das rechtliche Schicksal des Monatsentgeltes, zu dem sie gewährt werden.

Artikel VII.

Der Teil des Monatsbezuges der Bediensteten des Dorotheums, der sich aus den §§ 4 und 5 des Bundesgesetzes über die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Bediensteten des Dorotheums, BGBl. Nr. 161/1958, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 2/1962 und aus Artikel II Abs. 4 und 5 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 2/1962 ergibt, ist um 7 v. H., mindestens aber um 150 S zu erhöhen.

Artikel VIII.

(1) § 10 Abs. 2 lit. b des Kunstakademiegesetzes, BGBl. Nr. 168/1948, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 61/1953, BGBl. Nr. 177/1954, BGBl. Nr. 160/1958, BGBl. Nr. 268/1961 und BGBl. Nr. 190/1962 hat zu lauten:

„b) Der Entlohnung der Lehrkräfte ist ein Mindestsatz von 956 S und ein Höchstsatz von 2787 S für jede Jahreswochenstunde zugrunde zu legen.“

(2) § 23 Abs. 2 des Hochschultaxengesetzes, BGBl. Nr. 102/1953, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 156/1961 und BGBl. Nr. 73/1962 hat zu lauten:

„(2) Die Remuneration beträgt:

a) für die Erteilung wissenschaftlichen Unterrichts für jede Wochenstunde im Semester 2332 S,

b) jedoch für Übungen aus einem wissenschaftlichen Fach, bei denen der Vortragende eine vorwiegend anleitende und kontrollierende Tätigkeit nur während eines Teiles der Zeit der Lehrveranstaltung ausübt, wie bei Laboratoriums-, Zeichen-, Konstruktions- und ähnlichen Übungen, für jede Wochenstunde im Semester 1166 S;

c) für den Unterricht aus einem praktischen Fach oder einer Fertigkeit für jede Wochenstunde im Semester . 1516 S,

d) jedoch für Lehrveranstaltungen aus einem praktischen Fach, bei denen der Vortragende eine vorwiegend anleitende und kontrollierende Tätigkeit während der gesamten Zeit der Lehrveranstaltung ausübt, wie bei Proseminarübungen an den linguistischen Lehrkanzeln oder an den Instituten für Dolmetscherausbildung, für jede Wochenstunde im Semester 1749 S.

Artikel IX.

(1) Die Bestimmungen der Artikel I bis III treten am 1. Juni 1963, die Bestimmungen des Artikels IV rückwirkend mit 1. März 1963 und die Bestimmungen der Artikel V bis VIII am 1. Oktober 1963 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung des Artikels IV dieses Bundesgesetzes ist, soweit sie nicht dem Präsidenten des Nationalrates obliegt, die Bundesregierung, mit der Vollziehung der übrigen Bestimmungen jedes Bundesministerium insoweit betraut, als es oberste Dienstbehörde ist.

Schärf

Gorbach	Pittermann	Olah	Broda
Drimmel	Proksch	Korinek	Hartmann
Bock	Probst	Schleinzner	Kreisky

118. Bundesgesetz vom 29. Mai 1963, mit dem das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, geändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, wird in folgender Weise geändert:

1. Im § 7 wird ein neuer fünfter Absatz eingefügt, der zu lauten hat:

„(5) Hängt die Entscheidung über einen Berichtigungsantrag (Abs. 3) oder eine Berichtigung des Zahlungsauftrages von Amts wegen (Abs. 4) von der Richtigkeit der in der Unbedenklichkeitsbescheinigung bekanntgegebenen Bemes-

sungsgrundlage (§ 29 GJGebGes. 1962) ab, so ist vor der Entscheidung eine Stellungnahme des Finanzamtes, das die Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt hat, über die für die Bemessung der Eintragungsgebühr maßgeblichen Berechnungsgrundlagen einzuholen; ist ein die Grunderwerbsteuer oder die Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffendes abgabenbehördliches Verfahren anhängig, so kann die Entscheidung bis zum rechtskräftigen Abschluß dieses Verfahrens ausgesetzt werden.“

2. Im bisherigen fünften und sechsten Absatz werden die Absatzbezeichnungen „(5)“ und „(6)“ durch die Absatzbezeichnung „(6)“ und „(7)“ ersetzt.

Artikel II.

Dieses Bundesgesetz tritt mit 10. Juni 1963 in Kraft.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Schärf	
Gorbach	Broda	Korinek

119. Bundesgesetz vom 29. Mai 1963, mit dem das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962, BGBl. Nr. 289, geändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962, BGBl. Nr. 289, wird in folgender Weise geändert:

1. § 12 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Sie kommt fremden Staaten, soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen nicht weitergehende Befreiungen vorsehen, für die Gerichtsgebühren in Grundbuchssachen bei Eintragungen zum Erwerb eines Grundstückes für Zwecke ihrer Vertretungsbehörden zu, wenn die Gegenseitigkeit gewährleistet ist; ist die Einhaltung der Gegenseitigkeit zweifelhaft, so ist darüber die bindende Erklärung des Bundesministeriums für Justiz einzuholen.“

2. Im § 15 Z. 3 wird der Betrag von „4000 S“ durch den Betrag von „12.000 S“ ersetzt.

3. Im § 16 lit. a wird der Betrag von „1000 S“ durch den Betrag von „6000 S“ ersetzt.

4. Im § 16 lit. b wird der Betrag von „4000 S“ durch den Betrag von „12.000 S“ ersetzt.

5. Im § 18 Abs. 2 Z. 2 wird der Betrag von „4000 S“ durch den Betrag von „12.000 S“ ersetzt.

6. § 19 Abs. 1 Z. 2 hat zu lauten:

„2. von Zahlungsaufträgen im Mandatsverfahren (§ 548 ZPO.), im Wechselverfahren (§§ 557, 558 ZPO.), im Scheckrückgriffsverfahren (§ 59 a Scheckgesetz 1955) und von Versäumnungsurteilen der Antragsteller;“

7. § 29 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Der für die Berechnung der Eintragungsgebühr maßgebende Wert ist bei der Eintragung des Eigentumsrechtes mit dem Betrag anzusetzen, der der Ermittlung der Grunderwerbsteuer oder Erbschafts- und Schenkungssteuer zugrunde zu legen wäre; hiebei sind Steuervergünstigungen nicht zu berücksichtigen. Das Finanzamt hat diesen Betrag (Bemessungsgrundlage) in der Unbedenklichkeitsbescheinigung anzugeben; dies gilt auch für den Fall, als die Vorschreibung der Grunderwerbsteuer oder Erbschafts- und Schenkungssteuer unterbleibt. Soll das Eigentumsrecht auf mehrere Personen übertragen werden, so sind die auf jeden Berechtigten entfallenden Teilwerte vom Finanzamt gesondert anzuführen. Das Finanzamt hat die in der Unbedenklichkeitsbescheinigung angegebene Bemessungsgrundlage zu berichtigen, wenn sich ihre Unrichtigkeit im Zuge eines die Grunderwerbsteuer oder die Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffenden abgabenbehördlichen Verfahrens oder auf Grund einer Anfrage der mit der Einhebung der Eintragungsgebühr betrauten Stellen herausstellt. Erfolgt eine solche Berichtigung nach der in Rechtskraft erwachsenen Vorschreibung der Eintragungsgebühr, so ist die Eintragungsgebühr von Amts wegen neu zu bemessen. Im Zwangsversteigerungsverfahren ist die Höhe des Meistbotes (Überbotes, Übernahmepräses) maßgebend.“

8. Im § 29 Abs. 4 entfallen die Worte „oder zur Löschung“.

9. § 42 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Zur Sicherung der Einhaltung der Gebührenvorschriften kann der Kostenbeamte nach seinem Ermessen in den Fällen, in denen eine gemäß § 4 Abs. 2 zu entrichtende Gerichts- (Justizverwaltungs-)gebühr nicht oder nicht vollständig entrichtet wird, von den zur Zahlung der Gebühr verpflichteten Personen (§§ 6 und 7) eine Erhöhung bis zum Dreifachen der fehlenden Gebühr erheben. Bei Festsetzung der Gebührenerhöhung ist insbesondere zu berücksichtigen, inwieweit dem Gebührenschuldner bei Beachtung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes das Erkennen der Gebührenpflicht zugemutet werden konnte sowie ob eine Gebührenverkürzung erstmalig oder wiederholt erfolgt ist.“

10. Tarifpost 1 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
1	a) Eingaben, einschließlich der Protokollanträge, mit Ausnahme der in lit. b und c angeführten Rechtsmittel, bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 500 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	4 S
	über 500 S bis 1.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	6 S
	„ 1.000 S „ 5.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	8 S
	„ 5.000 S „ 10.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	10 S
	„ 10.000 S „ 50.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	20 S
	„ 50.000 S „ 100.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	50 S
	„ 100.000 S „ 500.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	80 S
	„ 500.000 S „ 1.000.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	100 S
	„ 1.000.000 S für jede weitere 1.000.000 S	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	je 50 S mehr
	b) Berufungsschriften, Berufungsmittelungen, Rekurse, Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Börsenschiedsgerichte (Artikel XXIII EGzZPO.)	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	das Doppelte der Gebühr zu lit. a
	c) Revisionsschriften, Revisionsbeantwortungen und Revisionsrekurse	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	das Dreifache der Gebühr zu lit. a

11. Tarifpost 5 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
5	Eingaben:		
	a) Anträge eines Gläubigers auf Eröffnung des Konkurses;	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	10 S
	b) Rechtsmittel;	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	20 S
	c) alle sonstigen Eingaben (einschließlich der Forderungsanmeldungen).	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	5 S

12. Tarifpost 8 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
8	A. Allgemeine Bestimmungen. Eingaben und Protokolle: a) soweit nicht andere Bestimmungen des Tarifes Anwendung finden; b) Rechtsmittel.	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	5 S 20 S

13. In Tarifpost 9 lit. b wird der Betrag von „10 S“ durch den Betrag von „20 S“ ersetzt.

14. Tarifpost 11 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
11	C. Grundbuchsachen. a) Eingaben (Protokollanträge) 1. um Eintragung in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Bergbuch), 2. sonstige Eingaben (Protokollanträge); b) Eintragungen in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Bergbuch), und zwar: 1. Eintragungen zum Erwerb des Eigentums, 2. Eintragungen zum Erwerb des Pfandrechtes (Ausnahme Z. 4), 3. Anmerkungen der Rangordnung der beabsichtigten Verpfändung, 4. nachträgliche Eintragung des Pfandrechtes in der angemerkten Rangordnung der beabsichtigten Verpfändung; c) 1. Grundbuchsätze (Abschriften), die einer Partei auf ihr Verlangen oder im Verlassenschaftsverfahren in ihrem Interesse erteilt werden, 2. Ergänzungen, die einem bereits ausgefertigten Grundbuchsatz (einer bereits ausgefertigten Abschrift) fortsetzungsweise beigelegt werden, 3. Abschriften aus der Urkundensammlung, die einer Partei auf ihr Verlangen erteilt werden.	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen vom Wert des Rechtes vom Wert des Rechtes vom Wert des Rechtes vom Wert des Rechtes von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	40 S 10 S 1 v. H. 1,1 v. H. 5 v. T. 6 v. T. 40 S 15 S 20 S

15. Anmerkung 7 zu Tarifpost 11 hat zu lauten:

„7. Als Eintragung nach Tarifpost 11 lit. b Z. 2 gelten auch die Vormerkung eines Pfandrechtes und die Übertragung einer Forderung oder eines Pfandrechtes.“

16. In der Anmerkung 9 zu Tarifpost 11 entfallen die lit. e und g; die bisherige lit. f erhält die Bezeichnung „e“; der Strichpunkt nach dieser littera wird durch einen Punkt ersetzt.

17. In der Anmerkung 12 zu Tarifpost 11 werden nach dem Klammerausdruck „(Abschriften)“ die Worte „und Abschriften aus der Urkundensammlung“ eingefügt.

18. Tarifpost 12 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
12	D. Registersachen. I. Handels- und Genossenschaftsregister. Pauschalgebühren für folgende Eintragungen: a) Eintragung der Firma: 1. bei Einzelfirmen, 2. bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, 3. bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien; b) Erhöhung des Stamm(Grund)kapitals bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien; c) Änderungen des Gesellschaftsvertrages, soweit sie nicht unter lit. b fallen, sowie Änderungen der Firma, Änderungen im Vorstand oder in der Geschäftsführung, Eintragungen, Änderungen oder Löschungen von Prokuristen oder von Liquidatoren: 1. bei Einzelfirmen, 2. bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, 3. bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. II. Eintragungen in das Schiffsregister. a) Eintragungen zum Erwerb einer Schiffshypothek, b) Pauschalgebühren für sonstige Eintragungen. III. Registerauszüge, die einer Partei auf ihr Verlangen erteilt werden.	vom Stamm(Grund)kapital bis 500.000 S über 500.000 S von der Kapitalerhöhung bis 500.000 S über 500.000 S vom Wert des Rechtes von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	200 S 400 S 4 v. T. 5,5 v. T. 3 v. T. 4,5 v. T. 100 200 S 300 S 1,1 v. H. 150 S 40 S

19. In den Anmerkungen 4 und 5 zu Tarifpost 12 tritt an Stelle der Bezeichnung „Tarifpost 12 Z. 1 lit b“ die Bezeichnung „Tarifpost 12 Z. 1 lit. c“.

20. Tarifpost 12 a hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
12a	Kartellangelegenheiten.		
	a) Eingaben;	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	100 S
	b) Protokolle;	für jede, wenn auch nur begonnene halbe Stunde	200 S
	c) Entscheidungen, womit die Eintragung in das Kartellregister in erster Instanz bewilligt oder nicht bewilligt wird;		3000 S
	d) Entscheidungen, womit die Eintragung einer Abänderung oder Ergänzung der Vereinbarung bewilligt oder nicht bewilligt oder eine Vereinbarung in erster Instanz gelöscht wird;		800 S
	e) Registerauszüge (Abschriften).	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	150 S

21. In Tarifpost 13 wird der Betrag von „8 S“ durch den Betrag von „10 S“ und der Betrag von „2 S“ durch den Betrag von „3 S“ ersetzt.

22. In Tarifpost 14, F, lit. b entfällt die Z. 8; der Beistrich nach der Z. 7 wird durch einen Strichpunkt ersetzt.

23. Tarifpost 15 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
15	Eingaben:		
	a) Anträge des Privatanklägers auf Einleitung des Strafverfahrens;	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	50 S
	b) 1. Berufungen gegen Urteile der Gerichtshöfe, soweit sie nicht mit einer Nichtigkeitsbeschwerde verbunden sind, und Berufungen gegen Urteile der Bezirksgerichte,	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	50 S
	2. Nichtigkeitsbeschwerden;	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	100 S
	c) andere Eingaben der Prozeßparteien.	von jedem, wenn auch nur begonnenen Bogen	10 S

24. In Tarifpost 16 wird der Betrag von „10 S“ durch den Betrag von „30 S“ ersetzt.

25. Tarifpost 17 hat zu lauten:

Tarifpost	Gegenstand	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
17	Urteile ohne Unterschied der Instanz:		
	a) in Vergehensfällen;		250 S
	b) in Übertretungsfällen.		100 S

26. In Tarifpost 18 lit. a entfällt die Z. 6; der Beistrich nach der Z. 5 wird durch einen Strichpunkt ersetzt.

27. Anmerkung 2 zu Tarifpost 19 hat zu lauten:

„2. Grundbuchsabschriften und Auszüge aus dem Hinterlegungsmassebuch unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 11 lit. c Z. 1; Abschriften aus der Urkundensammlung, die einer Partei ausgefertigt werden, unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 11 lit. c Z. 3.“

Artikel II.

Dieses Bundesgesetz tritt am 10. Juni 1963 in Kraft. Es findet auf alle Schriften und Amtshandlungen Anwendung, bezüglich deren der Anspruch auf die Gebühr nach dem Beginn der Wirksamkeit dieses Bundesgesetzes begründet wird.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen betraut.

	Schärf	
Gorbach	Broda	Korinek

120. Verordnung der Bundesregierung vom 17. April 1963, mit der die Verordnung, betreffend die Ruhe(Versorgungs)genüsse der angelohten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, neuerlich abgeändert wird.

Auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 187/1949, wird

mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates verordnet:

Artikel I.

Die Verordnung der Bundesregierung vom 6. März 1952, BGBl. Nr. 52, betreffend die Ruhe(Versorgungs)genüsse der angelohten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 120/1960, wird abgeändert wie folgt:

Die in den Anlagen 1, 2 und 3 festgesetzten Bemessungsgrundlagen werden für die nach dem 1. Jänner 1956 provisionierten Arbeiter und Arbeiterinnen erhöht:

1. für die Facharbeiter der Staatsdruckerei (Anlage 1 — Lohngruppe I) um 5 v. H.,
2. für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsdruckerei (Anlage 2 und 3 — Lohngruppen II und III) um je 4 v. H.,
3. für die Facharbeiter der Staatsdruckerei — Wiener Zeitung — (Anlage 1 — Lohngruppe I) um 6 v. H. und
4. für die Arbeiter der Staatsdruckerei — Wiener Zeitung — (Anlage 2 — Lohngruppe II) um 5 v. H.

Artikel II.

Die gemäß Artikel I erhöhten Ansätze sind für die Bemessung von Ruhe(Versorgungs)genüssen anzuwenden, die nach dem 30. April 1963 liegende Zeiträume betreffen.

Gorbach	Pittermann	Olah	Broda
Drimmel	Proksch	Korinek	Hartmann
Bock	Probst		Schleinzer



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1963, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 120.— für Inlands- und S 170.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezugsanmeldungen werden von der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg Nr. 12a, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen auf Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 30 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile Nr. 27a, Telephon 52 43 42 und 52 37 78.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg Nr. 12a, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.